Nr. 67. **17. Jahrgang.**

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der **Abonnementspreis** (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3412) ohne Bringegeld viertelj. M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: **Gustav Wabersky** in **Hamburg**.

Freitag, den 20. März 1903.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den **Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen** mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition **(bis 6 Uhr Abends)**, in den Filialen **(bis 4 Uhr Nachmittags)**, sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: **Fehlandstraße 11** in **Hamburg 1.**

Filialen: **Süd-St. Pauli** bei Carl Lementzow, Wilhelminenstr. 11, pt. **Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde,** bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. **Barmbek, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbek. **St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn** und **Schiffbek** bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. **Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder** und **Veddel** bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. **Eilbek, Wandsbek** und **Hinschenfelde** bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. **Altona** bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Durch den Druckfehlerteufel demaskirt.

Berlin, 18. März.

Wenn Jemand die Absicht gehabt hätte, den Reichstag als Klassengesetzgebung bloßzustellen, dann hätte er schwerlich eine so raffinirte Situation konstruiren können, wie sie die heutige Sitzung bot. Bei der Schaffung der Seemannsordnung sind verschiedene Irrthümer unterlaufen, wie es bei einem Gesetz, dessen Inhalt eine den Abgeordneten so fern liegende Materie behandelt, ganz unvermeidlich ist. Ein durch Versehen des Berichterstatters Dr. Semler oder des Korrektors der Druckerei entstandener Irrthum hätte den Rhedern einige Hundert Mark kosten können, während andere Irrthümer schwere Schäden in der Rechtsprechung oder den Angehörigen der Erkrankten bringen. Die Gesetzgebung beeilt sich, Irrthümer zu beseitigen, aber nicht alle, sondern sie greift nur den einen heraus, der in der Druckerei entstanden ist. Die Ursache lag zwar in der Druckerei, aber der Reichstag hatte den Fehler durch drei Abstimmungen zum Gesetz gemacht.

Eine Lücke im Gesetz entstand durch einen Irrthum bei der Abstimmung in der dritten Lesung. Der letzte Satz des zweiten Absatzes des § 5 der Seemannsordnung hatte folgenden Wortlaut: „Bei der Entscheidung in den im § 122 genannten Fällen müssen die Seemannsämter innerhalb des Reichsgebietes mit einem Vorsitzenden und zwei schifffahrtskundigen Beisitzern besetzt sein, von welchen der Eine, falls das Verfahren sich gegen einen Schiffsmann richtet, den Kreisen der seebefahrenen Schiffsleute zu entnehmen ist."

Da eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt war, entstand eine etwas komplizirte Abstimmung, bei welcher das Zentrum entgegen seinem Vorsatz für die Streichung der gesperrt gedruckten Worte stimmte. Dies wurde ganz offen zugegeben und da sich ein Beschluß der dritten Lesung nicht rückgängig machen läßt, blieb der Satz gestrichen. Aber auch die Gegner des Satzes wollten die Schiffsleute von den Beisitzerposten nicht ausgeschlossen wissen. Dr. Semler, der die Streichung beantragt hatte, sagte zur Begründung seines Antrages: „Ich bin der Meinung, daß nicht die Thatsache, daß ein Schiffsmann Richter sein soll, irgendwie bedenklich ist, im Gegentheil, dagegen wird überhaupt nichts einzuwenden sein. Aber gegen die gesetzliche Anerkennung, daß, wenn das nicht geschieht, möglicher Weise der Mannschaft Unrecht geschehen könnte, gegen diese Diskreditirung der Seemannsämter habe ich sehr viel einzuwenden, und das ist der Grund, weshalb ich die Streichung beantrage." Daß Schiffsleute Beisitzer sein sollten, war die einstimmige Voraussetzung des Reichstages. Und nun sündigt Hamburg offenbar gegen den Beschluß, wobei die Ausschließung der Schiffsleute damit begründet wird, daß sie abhängig sind, und daß die Untergebenen eines Kapitäns nicht als Richter über diesen gesetzt werden können. Hier wird unverhohlen der Klassenstandpunkt der Rheder zum Ausdruck gebracht. Nach der sonst üblichen Ausdrucksweise ist der Beisitzer oder Schöffe eines Gerichts nicht Bootsmann, Matrose oder Heizer, sondern Richter, und der vor dem Gericht Erscheinende nicht Kapitän, Steuermann oder Matrose, sondern Angeklagter. In Hamburg hält man diese Bezeichnung für überflüssig und der Schöffe Bootsmann würde auch noch dem Befehl des Angeklagten Kapitäns unterstehen. Man nimmt Kapitäne als Beisitzer, damit der Schiffsmann, der sich gegen einen im Widerspruch mit der Seemannsordnung geschlossenen Heuervertrag vergangen hat, der Strafe nicht entgeht.

Ein weiterer Irrthum hat sich in die Seemannsordnung eingeschlichen, indem die versprochene Unterstützung der Familie des erkrankten Seemanns so verklausulirt ist, daß sie so gut wie gar nicht erlangt werden kann. Bei Begründung eines Abänderungsantrages zu dieser Bestimmung in der dritten Lesung sagte der Zentrumsabgeordnete Kirsch: „Wir wollen die Fassung mit dem Seeunfallversicherungsgesetz in Einklang bringen." Jeder Zuhörer mußte glauben, daß im Seeunfallversicherungsgesetz eine ebensolche Fassung gewählt ist, wonach die Hinterbliebenen eines Seemanns nur Anspruch auf Rente haben, wenn der Seemann sie aus seinem Heuerverdienst ganz oder überwiegend ernährt hat. Nun wird aber im Seeunfallversicherungsgesetz gar nicht vom Heuerverdienst gesprochen, sondern es genügt, daß der Seemann die Angehörigen unterhalten hat, einerlei, ob er das Geld als Trinkgeld, wie z. B. die Stewards, oder sonstwie erworben hat. Aber was noch schlimmer ist, diese Beschränkung ist nur in den §§ 23, 24 und 25 vorhanden, wo die Frau und Kinder gar nicht genannt sind. Diese sind im § 22 genannt und da tritt Rentenanspruch ohne jede Einschränkung ein.

Wollte man eine Unterstützung der Familien erkrankter Seeleute und diese mit dem Seeunfallversicherungsgesetz in Einklang bringen, dann hätte man Frau und Kindern die Unterstützung unter allen Umständen zubilligen müssen und hätte nur bei Aszendenten und Enkeln die Einschränkung machen können. Jetzt können aber die Ehefrau und die Kinder nur eine kärgliche Unterstützung erhalten, wenn sie nachweisen, daß sie ganz oder überwiegend von den Zuwendungen des Ehemannes gelebt haben und daß diese Zuwendungen aus dem Heuerverdienst gekommen sind. Da die Familienunterstützung erst in langwierigen Prozessen erstritten werden kann, so ist sie mehr eine schöne Dekoration, als ein Instrument zur Bewahrung der Familien vor dem Verhungern.

Diese Irrthümer werden jetzt klar erkannt. Den Irrthum, betreffend die Beisitzer, wollte das Zentrum bei der dritten Lesung wieder ausbessern, aber das Vorhaben scheiterte an dem Widerspruch der Konservativen, die es als gegen die Geschäftsordnung verstoßend bezeichneten, eine in dritter Lesung abgelehnte Bestimmung nun in einem anderen Paragraphen unterbringen zu wollen.

Jetzt sollten Irrthümer beseitigt werden. Die Regierung hatte beantragt, den in der Druckerei entstandenen Irrthum auszumerzen. Die Irrthümer, die die Mehrheit begangen hat, hätte der Reichstag beseitigen können und müssen. Aber es kam anders. Die Irrthümer des Reichstages bleiben erhalten. Ein harmloser Beobachter wird vielleicht fragen: Sind die Irrthümer des Druckers denn so viel gefährlicher? Oder finden diese Irrthümer größere Beachtung? Die Antwort ist einfach, wenn man die Wirkung der verschiedenen Irrthümer betrachtet und wenn man weiß, von wem die Anregung zur Aenderung ausging. Als die Seemannsordnung angenommen war, hatten die Rheder sie von schlauen Juristen durchsuchen lassen, um alle Vortheile, die sie ihnen bringt, sorgfältig registriren zu lassen, und hierbei hatte man die Unebenheit im § 52 entdeckt. Da diese den Rhedern einige Mark kosten konnte, hatten sie nach der Ursache geforscht und nun direkt vom Bundesrath die Abänderung verlangt. Diesem Ansinnen entsprach der Bundesrath sofort. Die anderen Irrthümer ließ man aber bestehen, weil sie den Rhedern Geld einbringen. Jetzt wäre auch Gelegenheit für das Zentrum gewesen, zu beweisen, daß es ihm ernst war, als es den Versuch machte, den gestrichenen Satz wieder herzustellen. Aber das Zentrum sagte, jetzt ist keine Zeit; ein solcher Antrag bedarf längerer Vorbereitung. Man hätte doch die Spezialberathung vertagen können, aber der Antrag wurde abgelehnt und Kirsch begnügte sich mit der Erklärung, daß das Zentrum irrthümlich für die Streichung gestimmt und das Verfahren in Hamburg bei der Auswahl der Beisitzer zu den Seemannsämtern dem Gesetz zuwiderläuft.

Auch die Heuerverträge, die jetzt im Widerspruch mit dem Gesetz geschlossen werden, wurden nicht annullirt. Genosse Herzfeld hatte einen Antrag formulirt, der dem Treiben ein Ziel setzen sollte, aber auch hier wollte die Mehrheit sich nicht zur Annahme entschließen.

Wäre es umgekehrt, würden die Rheder durch die Irrthümer des Reichstages benachtheiligt und hätte der Druckfehlerteufel den Seeleuten Schaden zugefügt, dann hätte man die Irrthümer des Reichstages beseitigt und die Geißel des Druckfehlerteufels die Arbeiter fühlen lassen. Wir leben eben im Klassenstaat. Diesen Beweis hat der Reichstag heute so schlagend gebracht, wie es treffender nicht denkbar ist.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 18. März. Nachdem heute die Novelle zur Seemannsordnung erledigt, wobei einige Anträge unserer Genossen, die verschiedene Irrthümer beseitigen wollten, welche die Reichstagsmehrheit verursacht hat, abgelehnt waren, erledigte der Reichstag eine Reihe Etatspositionen. Es handelte sich um die Positionen des Etats des Reichsamts des Innern, welche der Büdgetkommission überwiesen waren, die Bewilligung von Geldern für ein Dienstgebäude für das Patentamt. Dieses Amt kostet dem Reiche nichts, sondern die Unkosten werden durch Patentgebühren gedeckt. Das Amt braucht aber viel Platz, um alle Modelle, Zeichnungen und Akten unterzubringen. Deshalb soll auf dem Platz, wo jetzt eine Kürassier-Kaserne steht, ein Riesenbau errichtet werden, der zehn Millionen Mark kosten wird. Ebenfalls brauchen die Biologische Abtheilung und das Aufsichtsamt für Privatversicherung Dienstgebäude und das Gebäude des Statistischen Amts muß erweitert werden. Alle diese Summen wurden ohne wesentliche Debatte bewilligt. Einige Erörterungen gab es bei dem Titel für die Beschickung der Weltausstellung in St. Louis. Hier hatte Müller-Meiningen Bedenken, weil Verlagsartikel und Kunstgegenstände in Amerika nicht hinreichend gegen Nachbildung und Nachdruck geschützt sind. Paasche hat eine Antipathie gegen Amerika wegen seiner hohen Zölle. Müllers Bedenken sind nicht unbegründet. Das geistige Eigenthum des Ausländers findet in Amerika wenig Schutz, und lange hat der amerikanische Buchverlag vom Raub der ausländischen Literatur gelebt. Ob das aber ein Grund ist, die Ausstellung nicht zu beschicken, ist zu bezweifeln. Denn Derjenige, welcher ein Buch nachdrucken oder einen Kunstgegenstand nachbilden will, wird nicht warten, bis es zur Ausstellung kommt. Drollig sind die Ausfälle der deutschen Schutzzöllner gegen ihre amerikanischen Glaubens- und Kampfgenossen. Wäre Paasche in Amerika, dann würde er dasselbe thun, was er heute verurtheilt. Hält er aber den Schutzzoll für ein Uebel, dann hätte er reichlich Gelegenheit, ihn in Deutschland zu bekämpfen. Aber auch dieser Titel wurde bewilligt. Ebenso die Gelder für den Bau von Kleinwohnungen. Dann wurde noch der Etat für den Hunnenzug bewilligt. Die Boxer haben die Steuerzahler doch arg am Geldbeutel getroffen. Den Hunnen, die nach Europa zogen, ist der Zug nicht so theuer geworden wie uns der Rachezug. Das ist eben der Fortschritt der Zivilisation.

Wilhelm II. als Organisator einer Reichstagswahl. Zur Vorgeschichte der Kandidatur des Fürsten zu Dohna-Schlobitten im Reichstagswahlkreise Königsberg-Land-Fischhausen erhält die „Königsb. Hart. Ztg." von „informirter konservativer Seite" eine längere Zuschrift, der wir die folgenden interessanten Mittheilungen entnehmen:

> Ob sich neuerdings von Berlin aus wiederum Einflüsse geltend gemacht haben, die die Kandidatur Dohna veranlaßten, wissen wir nicht. Das jedoch ist Thatsache, daß im vorigen Jahre Fürst Dohna auf direkten Wunsch des Kaisers im Wahlkreise Elbing-Marienburg zu kandidiren versuchte, daß der kaiserliche Wunsch, den Fürsten als Reichstagsabgeordneten zu sehen, jetzt noch besteht und unter der ostpreußischen Aristokratie allgemein bekannt ist und gewürdigt wird. Es ist Angesichts der abermaligen Kandidatur Dohna recht interessant, sich mit der Vorgeschichte der vorjährigen Elbinger Wahl zu beschäftigen.
>
> Drei Staatsdepeschen wurden damals versandt. Die eine an den Fürsten Dohna, die ihm auftrug, für den Wahlkreis Elbing-Marienburg zu kandidiren, die zweite an den Minister des Innern, die diesem anbefahl, den gesammten Regierungsapparat zu Gunsten des Schlobitters spielen zu lassen, und eine dritte, die den Kammerherrn von Oldenburg auf Januschau aufforderte, seine Kandidatur zu Gunsten derjenigen des Fürsten zurückzuziehen. Da jedoch Herr von Oldenburg kurz vorher den Elbinger Konservativen und Bündlern versprochen hatte, ihnen unter allen Umständen treu zu bleiben, so lehnte er das ihm durch dienstliche Vermittlung des Oberstkämmerers, Grafen zu Solms-Baruth, zugegangene Ansinnen ab. Er wurde in Folge dessen in seiner Eigenschaft als Kammerherr nach Berlin berufen. Dort las ihm Graf Solms die bekannte Kabinetsordre gegen die Kanalrebellen vor und versuchte wiederholt, ihn im höheren Auftrage zum Rücktritt zu bewegen, da es der dringende Wunsch Sr. Majestät sei, daß Fürst Dohna kandidire und er als Kammerherr nicht gut gegen den Hofjägermeister vom Dienst auftreten könne.
>
> Herr v. Oldenburg konnte sich nicht entschließen, den Bund und die Elbinger Konservativen im Stich zu lassen und bat in Folge dessen um seinen Abschied als Kammerherr. Schließlich erklärte er jedoch, daß er, wenn Fürst Dohna im amtlichen Elbinger Kreisblatt mit Namensunterschrift verkünden würde, daß er auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers die ihm angetragene Kandidatur für Elbing-Marienburg annehme, er — v. Oldenburg — seinerseits ebendort erklären würde, daß er auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers zurücktrete. Der Kaiser war Anfangs bereit, diesen Ausweg einzuschlagen. Der darüber entsetzte Reichskanzler Graf v. Bülow stellte jedoch an höchster Stelle auf das Eindringlichste vor, daß diese neue Kanalrebellengeschichte, nachdem die alte kaum erledigt sei, sehr viel böses Blut machen würde. Da zur selben Zeit auch ein Brief, den Fürst Dohna an Herrn von Oldenburg mit der Bitte richtete, zur Vermeidung einer Doppelkandidatur zu seinen Gunsten zurückzutreten höflich aber ablehnend erwidert wurde, so blieb sowohl den höfischen Interessen wie dem Herrn von Schlobitten nichts Anderes übrig, als diesmal auf seine Reichstagskandidatur zu verzichten. Der Kaiser ließ sich in dieser Angelegenheit nicht mehr sprechen, das Abschiedsgesuch des Herrn v. Oldenburg als Kammerherr wurde amtlich als nicht vorhanden angesehen, und das Ende vom Liede war, daß Herr v. Oldenburg, wenn auch irrthümlicher Weise, in den Reichstag einzog.

Graf Dohna oder Herr v. Oldenburg — welcher von diesen Beiden „Volksvertreter" wird, ist ja vollkommen gleichgültig. Nicht gleichgültig aber ist die Art und Weise, wie Wilhelm II. dem Einen aufträgt, zu kandidiren, den Anderen auffordert, zurückzutreten. Wenn noch irgendwo die Meinung bestehen sollte, das verfassungsmäßige Oberhaupt des Reiches stehe auch verfassungsgemäß über den Parteien, so wird sie durch diesen eklatanten Fall gründlich zerstört. Uns, den Sozialdemokraten, kann es allerdings recht sein, wenn Wilhelm II. immer entschiedener mit der liberalen Fiktion vom Herrscher, der in unnahbarer Höhe thront, aufräumt.

Die Reichsfinanzwirthschaft ist, wie in anderen Landtagen, auch in der württembergischen Kammer als die Ursache der Misère in den Einzelstaaten genannt worden. Der württembergische Finanzminister v. Zeyer erwiderte auf die bezüglichen Bemerkungen der Redner, daß die württembergische Regierung im Verein mit den übrigen Bundesstaaten mit aller Energie auf eine Reduzirung der Reichsvoranschläge im Bundesrath eingetreten sei. Ueber eine Reichsfinanzreform schwebten bereits Unterhandlungen.

Das Musterland für die musterhafte Sozialpolitik ist sicherlich das auch sonst so berühmte Sachsen. Schon im vorigen Jahre ist scharfe Kritik daran geübt worden, daß nach amtlichen Feststellungen in der sächsischen Landwirthschaft die Unfallverhütungs-Vorschriften so überaus geringe Beachtung fanden. Gefruchtet hat diese Kritik nichts, denn auch im Jahre 1902 waren jene Vorschriften in 97 pZt. der revidirten 16 000 Betriebe entweder gänzlich unbeachtet geblieben oder nur mangelhaft befolgt.

Was brauchen sich die Agrarier auch um die Gesetze zu kümmern. Muß wirklich einmal in Folge einer Verkettung von Umständen — so leicht kommt das nicht vor — einer dieser gewissenlosen Burschen, die mit Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter ein frevelhaftes Spiel treiben, vor Gericht gestellt werden, so wird er entweder freigesprochen oder mit einer unverhältnißmäßig geringen Strafe belegt. Das schreckt ihn natürlich nicht ab und er pfeift auch fernerhin auf das Gesetz.

Scharfmacher Bueck hat die Abgeordnetenversammlung des Zentralverbands deutscher Industrieller dazu benutzt, nach oben hin zu erkennen zu geben, was die Schlotbarone verlangen und was sie an der jetzigen Politik zu tadeln haben. In seinem Jahresbericht sagte er, wie bereits kurz von uns erwähnt wurde, nachdem er beklagt hatte, daß die industriellen Wahlkreise sich in den Händen der Sozialdemokratie und des Zentrums befänden, nach dem Bericht der „Köln. Ztg.", „daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie das hauptsächlichste Ziel der maßgebenden Kreise und der bürgerlichen Parteien sein sollte. Das werde aber bedauerlicher Weise nicht erkannt. Der Staatssekretär des Innern betrachtete die Sozialdemokratie nicht mehr als eine Partei, die den Umsturz des Staates und unserer Wirthschaftsordnung erstrebe, sondern als eine Arbeiterpartei, womit sie in die Kreise der bürgerlichen Parteien gerückt werde. Diese, abgesehen von den Konservativen, wetteifern in dem Streben um die Gunst der Arbeiter und der Sozialdemokraten. Davon haben die jüngsten sozialpolitischen Verhandlungen bei Berathung des Etats des Reichsamts des Innern Zeugniß abgelegt. Diese Verhandlungen bieten in drei Richtungen besonderes Interesse: Erstens, wie schon bemerkt, das Buhlen des Zentrums und der linksliberalen Parteien um die Gunst der Arbeiter und Sozialdemokraten; zweitens das durch dieses Streben wesentlich gehobene Selbstgefühl der Sozialdemokraten, wodurch sie veranlaßt wurden, mit zynischer Offenheit darzulegen, daß sie dieselben geblieben und sich bezüglich ihrer Ziele und Zwecke nicht geändert haben. Die Sozialdemokraten liefern auch den Beweis für den dritten Hauptpunkt, den schmählichen Mißbrauch der Tribüne des Reichstages zur Verhetzung der Massen und zur Vorbereitung der Wähler im sozialdemokratischen Sinne für die Reichstagswahlen. Im Hinblick auf all' diese Vorgänge kommt der Redner zu der Frage, ob die zur Schrankenlosigkeit ausgeartete Freiheit der Rede, der Presse und wohl auch des Vereins- und Versammlungsrechts auch ferner, wie bisher, als unbedingtes Korrelat der höchsten Staats- und Kulturentwicklung anzusehen sei, oder ob nicht grade die Erhaltung des Staates und unserer Kultur unbedingt Remedur erfordere. In Anknüpfung an die Vorgänge in Holland spricht der Geschäftsführer dem Minister der öffentlichen Arbeiten Dank und Anerkennung für sein mannhaftes Auftreten der Sozialdemokratie gegenüber aus. Er giebt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die von dem Herrn Minister aufgestellten Grundsätze bei ihrer Durchführung Deutschland vor ähnlichen Vorgängen bewahren werden. Er erkennt an, daß auch die Reichspostverwaltung sich von ähnlichen Grundsätzen leiten lasse, und giebt sich der Hoffnung hin, daß sie auch bei den anderen höchsten Reichsbehörden Eingang finden werden und daß die Hoffnungen des Abg. Röficke auf eine, seine weitgehenden sozialen Ideen und Pläne fördernde, soziale neue Aera Bülow-Posadowsky auf Sand gebaut sein möchten. Der Geschäftsführer weist dann die Angriffe desselben Abgeordneten zurück, der behauptet habe, daß der Zentralverband ein Gegner der Arbeiterversicherungsgesetze gewesen sei, und kommt dabei auch auf den bedauerlichen Beschluß des Reichstages zu sprechen, der die Industrie mit der unbegründeten Erhöhung der Reservefonds der Berufsgenossenschaften so schwer belastet habe."

Nach diesem ausführlichen Bericht hat Bueck den Scharfmacherstandpunkt in noch viel schrofferer Weise vertreten, als die ersten Mittheilungen annehmen ließen. Bülow-Posadowsky werden sich den Weisungen fügen müssen, denn, wie einst jammernd zugestanden wurde: „Meine Herren, wir arbeiten doch nur für Sie!"

Der schweizerische Nationalrath hat mit 103 gegen 16 Stimmen bei 15 Enthaltungen beschlossen, bei dem Schweizervolk die Ablehnung der Verfassungsinitiative zu beantragen, welche dahingeht, es solle bei Wahl des Nationalraths ausschließlich schweizerische Bevölkerung zur Grundlage genommen, mit anderen Worten die Ausländer nicht mehr mitgezählt werden.

Die Nichtzählung der Ausländer würde den Einfluß der größeren Städte, deren Bevölkerung zu einem erheblichen Theil aus Fremden besteht, zu Gunsten des Landgebietes schwächen, weshalb die reaktionären Parteien dafür agitirten, daß die Wahlkreise nach der Zahl der Schweizerbürger gebildet werden sollten.

Das Referendum gegen das sog. militärische „Maulkorbgesetz" (Erweiterung des Bundesstrafrechtes wegen Aufreizung 2c. der im Militärdienst befindlichen Personen) ist mit zirka 50 000 Unterschriften zu Stande gekommen. Also muß das Gesetz der Volksabstimmung unterbreitet werden.

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen wird zur Zeit in Oesterreich ernstlich erwogen. Der Eisenbahnausschuß des Abgeordnetenhauses nahm mit allen gegen drei Stimmen den Antrag des Subkomites an, in dem die Regierung aufgefordert wird, Gesetzesvorlagen wegen Einlösung der Staatseisenbahngesellschaften und der beiden Netze der österreichischen Nordwestbahn baldmöglichst einzubringen. Der Ausschuß nahm ferner mit 24 gegen 16 Stimmen den Antrag des Subkomites an, die Regierung solle die Kaiser Ferdinands-Nordbahn zum 1. Januar 1904 einlösen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, in die Verstaatlichungsaktion auch die österreichische Südbahn einzubeziehen.

In dieser Sitzung erklärte der Eisenbahnminister, die Regierung sei ernstlich bestrebt, die Erwerbung der in Frage stehenden Bahnen unter für den Staat annehmbaren Bedingungen baldmöglichst herbeizuführen. Es sei bereits gelungen, bei der Nordwestbahn die Konvertirung der Prioritätsschuld und die Aufnahme einer Investitionsanleihe für das Ergänzungsnetz sicher zu stellen

---

[14] (Nachdruck verboten.)

Die Erbschleicherinnen.

Roman von Ernst v. Wolzogen.

Als die Pendüle im Salon halb Eins schlug, war die Familie Riemschneider allein. Der Geheimrath rauchte noch seine Zigarre. Er hatte Kathis Hand gefaßt, tätschelte sie zärtlich und war in bester Laune.

Da trat seine Gattin in die Mitte des Zimmers und wandte sich mit einer königlichen Handbewegung an die beiden Nichten: „Ihr könnt jetzt zu Bett gehen, ich hab' noch mit den Leuten zu thun. Gute Nacht." Und dann trat sie einen Schritt näher an Lizzi heran und sagte mit spöttisch zusammengezogenen Lippen: „Nun, ich denke, das Geburtstagskind wird wohl mit seinen heutigen Triumphen zufrieden sein! Ich habe ja gar keine Ahnung gehabt von Deinen verborgenen Talenten. Wenn Du jodeln kannst, wie eine Tirolerin von Profession, so mag das ja zu Deinem Privatvergnügen oder auf hohen Bergen ganz angebracht sein, aber in meinen Salon passen dergleichen Kunstleistungen nicht. Ich möchte es nicht wieder erleben, daß ich aus dem Munde meiner Gäste in meinem Hause das Wort Café chantant hören muß. Ueberhaupt, meine liebe Elisabeth, muß ich Dir sagen, daß ich mich schwer in Dir getäuscht habe. Du hast noch gar keine Ahnung, wie sich ein gebildetes junges Mädchen unserer Kreise zu benehmen hat! Wie Du mit dem jungen Mann kokettirt hast, den wir Dir als Tischnachbar zugetheilt hatten, das war geradezu unanständig — ganz abgesehen von Deinen wenig zartfühlenden Witzen über die Berliner. Da ist man ja gar nicht sicher, ob Du Dir nicht über Deinen Onkel und mich ähnliche Scherze erlaubst! Ich habe für Dich erröthen müssen. Etwas will ich ja Deiner Jugend und Unerfahrenheit, Deiner geschmeichelten Eitelkeit zu Gute halten; aber das sage ich Dir: ehe ich nicht eine völlige Wandlung in Deinem Karakter wahrnehme und wenigstens den aufrichtigen Willen zu einem ernsten, sittlichen Lebenswandel — eher werde ich Dich an unseren Gesellschaften nicht mehr theilnehmen lassen. Ich weiß mich hierin mit Eurem Onkel vollkommen eins."

Lizzi war dunkelroth geworden. Ihre Lippen bebten und ihre Augen standen voll Thränen. Sie schritt rasch auf den Geheimrath zu, ergriff ihn beim Handgelenk und fragte mit bebender Stimme: „Ist das wahr, Onkel?"

Der arme Mann blickte hülflos und ängstlich zu seiner Gattin hinüber und erwiderte stockend: „Hm, ja, mein liebes Kind — in diesen Dingen — ich weiß nicht — da muß ich doch wohl die Verantwortung meiner Frau . . ."

Frau Ida ließ ihn gar nicht ausreden. Sie wies gebieterisch nach der Thür und rief triumphirendem Lächeln: „Es wird Dir wenig helfen, die Gutmüthigkeit Deines Onkels gegen mich anzurufen. Ich rathe Dir in Deinem eigenen Interesse, es ruhig hinzunehmen, was ich über Dich bestimme. Uebrigens: die Frau Majorin von Goldacker hat da ein gewisses, sehr häßliches Wort fallen lassen, welches auf die Absichten, mit denen Ihr unser Haus betreten habt, nicht gerade das beste Licht wirft — davon reden wir ein ander Mal. Gute Nacht, Käthchen. Mit Deinem Betragen bin ich im Allgemeinen zufrieden. Fahre so fort und suche auch auf Deine Schwester veredelnd einzuwirken. — Ach, da ist ja mein Dolli — da binschen Du ja, mein Süßling!"

Die Minna hatte eben die Flurthür geöffnet und den kleinen weißen Haustyrannen, dem sie bei Gelegenheit des Hinausleuchtens der Gäste noch den Genuß eines kurzen nächtlichen Spazierganges verschafft, hineingeschoben. Mit putzigen, kleinen Sprüngen und leisem Freudengewinsel zottelte das Thierchen auf seine Herrin los. Die Geheimräthin lag trotz ihrer bordeauxrothen Seide und echten Spitzen halb ausgestreckt am Boden und drückte den Süßling zärtlich an ihren üppigen Busen. „Haben wir uns endlich wieder, mein Wonnevieh! Hast Du Dich so gebangt nach Mutterchen, nicht wahr, mein süßer Kleiner? Die bösen Menschen, nicht wahr? Hau, hau! Dollichen wünscht Mutterchen allein für sich."

Da lachte Lizzi kurz und spöttisch auf, packte Kathi fest am Arm und zog sie, ohne Jemandem „Gute Nacht" zu sagen, rasch zur Thür hinaus.

Fünftes Kapitel.

In welchem Stücklein von Lizzis Rache erzählt werden und die Schwestern mit der Majorin und ihrem Bubi Freundschaft schließen — zusammt dem Ausgang von Lizzis erstem Stelldichein.

War die Lizzi in einer Wuth gewesen, den Abend in ihrem Schlafzimmer! O Du Grundgütiger! Wenn die Frau Geheimräthin nur ein halbes Dutzend von dem Schwalle ausgewählter Liebenswürdigkeiten hätte genießen können, mit denen das tiefgekränkte Geburtstagskind sie bedacht hatte! Nachdem es sich also gründlich ausgesprochen hatte, wurde sein Schlummer von keinerlei unruhigen Träumen mehr gestört, während Kathis liebendes Schwesterherz, dem Lizzi ihren ganzen rachedurstigen Groll anvertraut hatte, sich noch einen großen Theil der Nacht hindurch in schweren Sorgen abquälte.

Kathi war sehr erstaunt, als sie am nächsten Morgen davon erwachte, daß Lizzi, während sie sich wusch, ganz hell und munter sang, als ob sie sich in der heitersten Stimmung von der Welt befände.

„Geh, geh, was hast denn?" fragte Kathi erstaunt, nachdem sie ein Weilchen dem wunderlichen Treiben der Schwester zugeschaut hatte, die sich im Walzertakt in den Hüften wiegte, während sie ihre Gliedmaßen mit dem Schwamm bearbeitete. „Hast denn Deinen Zorn etwa schon vergessen?"

„Ja Schnecken!" versetzte Lizzi lachend, „von meinem Zorn sollts Ihr Alle noch saubere Stückln derleben." Und während sie sich abtrocknete, begann sie mit noch lauterer Stimme den Jodler anzustimmen, mit dem sie gestern die Gesellschaft entzückt hatte.

„Aber Lizzi obs D' still bist?" rief Kathi ängstlich. „Die Tante schlaft g'wiß noch. Wenn Du s' aufwecken thätst — jessas na!"

„Soll s' doch," gab jene übermüthig zurück, „drum sing i ja grad, daß s' sich recht giften soll."

Bald danach, als Lizzi mit ihrer Toilette etwas weiter vorgeschritten war, begann Kathi von Neuem: „Du, geh her, Herzl, jetzt sag mir amal aufrichtig: dees war doch g'wiß blos G'spaß, was d' da gestern Abend g'sagt hast, daß d' mit dem Dings da, dem schwarzen Herrn durchbrennen willst?"

„Nein, dees is schon wahr," versetzte Lizzi ernsthaft. „'s is schon Alles abgemacht. Unsre Heirathsanzeige kriegts Ihr fein druckt von Philippopel aus zug'schickt. Dort lassen wir uns als praktischer Arzt und Geburtshelfer nieder."

„A geh, schwätz net so dummes Zeugs daher," fuhr Kathi ärgerlich auf. „'s is wirklich wahr. Nix wie Sparifankerln hast im Kopf. Wie kann a vernünftigs Mädel überhaupts nur dran denken, so an Mann zu heirathen, dem sein Namen ka Mensch merken kann. Weißt 'n denn Du noch?"

„Freili weiß ich 'n," versetzte Lizzi achselzuckend, und deklamirte volltönend: „Gregor Krajesovicherl von Nemes-Spanferkel. Wenn dees net leicht zum B'halten is!"

Kathi mußte lachen, und die Sache mit dem schönen Serben kam ihr gar nicht mehr so arg gefährlich vor, da die Schwester schon Witze über seinen Namen machte.

Gleich darauf stimmte Lizzi ein neues lustiges Lied an und öffnete dabei die Thür zum Korridor, um ihre Stiefeln hereinzuholen. Sie waren noch nicht geputzt, da die Minna nach den Anstrengungen des gestrigen Abends heute auch die Zeit verschlafen haben mochte. Und da sang Lizzi mitten in ihr „Hollderidiödiri" lautschallend in den Korridor hinein: „Minna, wo san denn jetzt meine Knöpfstieferln hin? Holldrihollodiridiö!"

Horch, da regte es sich nebenan in dem geheimräthlichen Schlafgemach. Sie konnte deutlich das liebliche Organ der Tante erkennen, das sich offenbar nicht in einem frommen Morgengebet erging. Hochbefriedigt zog sie die Thür wieder zu und machte eine vorläufige Pause in ihren Gesangsübungen. —

Die Tante erschien erst am Frühstückstisch, als die beiden Schwestern bereits mit ihrem Kaffee fertig waren. Sie war etwas bleich und verschwollen im Gesicht. Sie begrüßte die Kathi mit einem Händedruck, die Lizzi mit einem leichten Kopfnicken, dann setzte sie sich stumm an den Tisch, nahm ihren Joli auf den Schooß und machte ihm in ihrer Untertasse etwas Milch und Zucker zurecht, bevor sie sich selbst einschenkte.

Während der Süßling mit seinem rosigen Zünglein die Milch aufschleckte, rief die Geheimräthin die Lizzi heran und begann also: „Kannst Du es Dir nicht vorstellen, mein Kind, daß eine ältere Dame nach einer so anstrengenden Nacht, wie die gestrige, das Bedürfniß fühlt, Morgens etwas länger zu schlafen?"

„Ja, liebe Tante," versetzte Lizzi tonlos, und schaute starr und steif mit großen kummervollen Augen gerade auf des Süßlings Schnäuzchen.

„Dann sehe ich nicht ein, warum Du gerade in früher Morgenstunde in so lärmender, unpassender Weise nach Deinen Stiefeln rufen mußt. Ihr habt ja den elektrischen Knopf in Eurem Zimmer, wenn Ihr das Mädchen braucht."

„Ja, liebe Tante."

„Ueberhaupt finde ich, daß Du nach Allem, was ich Dir gestern sagen mußte, heute keine besondere Ursache zu so lauter Heiterkeit hast."

„Ja, liebe . . ich wollte sagen: nein, liebe Tante."

Das Hündchen war jetzt mit seiner Milch fertig, und bemerkte mit Mißfallen den immer gleich starr auf sich gerichteten Blick der jungen Dame. Die Tante begann aufmerksam zu werden. Sie runzelte die Stirn und machte eine Pause. Joli knurrte.

Dann, nachdem sie ein paar Schlucke Kaffee zu